
Fachkräftemangel in Thüringen entgegensteuern!

Positionspapier der Linksfraktion im Thüringer Landtag

Die Ausgangslage in Thüringen

Die Fachkräftesicherung wird in den kommenden Jahren zu einer der herausforderndsten Schlüsselaufgabe für den Freistaat Thüringen werden. Als eine wesentliche Voraussetzung, einerseits für wirtschaftliche Stabilität und wirtschaftliches Wachstum und andererseits für die Stabilität des Sozialsystems, ist ein bedarfsgerechtes Fachkräfte-Angebot unabdingbar für die sichere und stabile Zukunft Thüringens. Aktuelle Prognosen im Bund und für Thüringen verdeutlichen jedoch die Dringlichkeit für eine fruchtende Initiative für Fachkräftegewinnung, denn ein Mangel an Fachkräften ist an der durchschnittlichen Vakanzzeit¹ für Stellen klar erkennbar: Seit 2010 ist die Vakanzzeit im Bundesdurchschnitt von 57 auf 124 Tage gestiegen. Besonders dramatisch ist die Lage in Thüringen; hier kann eine freie Stelle im Schnitt erst nach 184 Tagen neu besetzt werden. In der Altenpflege sind es sogar 236 Tage. Zwar ist der Fachkräftemangel regional verschieden und trifft nicht alle Branchen gleichermaßen. Dennoch gibt es zahlreiche Berufsfelder, in denen deutschlandweit Mangel herrscht. Die anhaltende Corona Pandemie verstärkt wird dies Entwicklungen. So zählen etwa die Bauwirtschaft, der Gesundheits- und Pflegebereich und technische Berufe zu Berufsgruppen, in denen zum Teil akuter Fachkräftebedarf herrscht. Doch auch der unternehmensnahe Dienstleistungssektor ist laut IAB-Betriebspanel von Fachkräftemangel betroffen.

Notwendig sind zum einen grundlegende Maßnahmen, des Weiteren macht das Ausmaß des Fachkräftebedarfs branchen- und sektorenspezifische Handlungen erforderlich. Um dem Rechnung zu tragen, hat sich die Linksfraktion neben allgemeinen Zielen und Maßnahmen, zu bereichsfokussierten Forderungen verständigt, dessen Umsetzung Thüringens Fachkräftemangel entgegenwirkt und damit die Stabilität der Wirtschaft und des Sozialsystems des Freistaates fördert.

¹ Dauer zwischen dem gewünschten Besetzungstermin einer Stelle und ihrer erfolgreichen Neubesetzung

Allgemeine Ziele und Maßnahmen

Was es zu fördern gilt:

- Arbeitslose Menschen wieder in Arbeit zubringen – ÖGB beibehalten
- Maßnahmen zur Steigerung der Frauenerwerbsarbeit – Förderung der Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Erhöhte Binnenmigration – Tarifabschlüsse stärken und Kriterien für gute Arbeit festlegen
- Vereinfachung der Verfahren für die Berufsanerkennung
- Wissenschaftliche Evaluation von Klebeeffekte: Was bewegt Menschen dazu, aus Thüringen abzuwandern, was bewegt sie dazu, in Thüringen zu bleiben?
- bundes- und europaweite Werbekampagnen für ein Arbeitnehmer*innen attraktives Thüringen
- Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Studienabbrecher*innen
- Tarifbindung der Betriebe erhöhen
- Erhöhung des Ausbildungsfit
- Vermehrter praxisbezogener Unterricht
- Umwandlung von Privatschulen in staatliche Schulen – gleiche Bedingungen für Alle!
- Ausbau und Förderung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen
- Renteneintritt mit 65 Jahren für alle
- Auszubildende halten - Ausbildungsrahmenbedingung attraktiv gestalten (Passung zwischen Ausbildungsplatz und Auszubildenden)
- Etablierung eines „Buddies“-Systems unter Kolleg*innen, für eine dauerhafte Bindung an den Arbeitsplatz
- Aktivierung der kommunalen Familien für Fragen und Hilfestellungen
- Etablierung von Wegweisern bei der Arbeitsplatzsuche /-antritt
- Finanzielle Sicherheit durch eine ausreichende Rente - Mindestens 53% des letzten durchschnittlichen Netto-Gehaltes
- Ost-West Rentenangleichung
- Arbeitszeitreduktion bei vollem Lohnausgleich

Was hingegen keine Lösung ist:

- Verlängerung der Arbeitszeit
- Überbelastung der verbleibenden Arbeitskräfte
- Arbeitsausbeutung von Geflüchteten und Migrant*innen

Bereichsspezifische Ziele und Maßnahmen

Umwelt- und Energiesektor stärken – Energiewende vorantreiben

- Reduzierung der Berufsschulklassengröße in speziellen Fachberufen
- Ausbau der berufsbegleitende Weiterbildungs- und Umschulungsangebote für den Bereich Erneuerbare Energien
- Einrichtung eines Studiengangs mit dem Schwerpunkt Erneuerbare Energien an der HS Nordhausen

Fachkräfte aus dem Ausland - Migration und Einwanderung erleichtern

- Bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse durch:
 - schnellere und transparentere Verfahren der bundeseinheitlich getroffenen Regelungen des Bundesanerkennungs- und Landesankennungs-gesetzes in Thüringen
 - einheitliche Richtlinien
 - Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen sechsmonatigen Wartezeit der Kenntnisprüfung
 - engere Zusammenarbeit mit dem IQ Netzwerk Thüringen
- Förderung der Digitalisierung der Ausländerbehörden durch Datenüberführung in die Digitalform
- Menschenfreundliche Ausländerbehörden: Förderung einer lösungsorientierten Ausrichtung der Ausländerbehörden
- Bessere Rahmenbedingungen für Work and Travel bundesweit einrichten
- Besserer PR für das Programm „Einstiegsqualifizierung EQ für Ausbildung“ bei der Agentur für Arbeit und Wegfall der vorausgehenden Bleiberechtsprüfung
- gezielte Ansprache Migrant*innen nach Ausbildung zu bleiben
- Umsetzung der Maßnahmen der Enquetekommission Rassismus im Thüringer Landtag durch:
 - Etablierung von anonymisierten Bewerbungsverfahren
 - Verstetigung der Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund
- Fokus auf Mehrsprachigkeit und einfache Sprache in allgemeinen Verwaltungsverfahren und als Standard in Formularen und Dokumenten

Gesundheitsberufe stärken – Attraktivität der Pflegeberufe steigern

- Gesetzliche Personalbemessung in der Pflege durch Einführung eines Personaluntergrenzgesetzes
- Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in der Pflege
- Bessere Begleitung des Übergangs vom Studium zur Praxisniederlassungen durch eine frühzeitige Thematisierung im Studium
- Überarbeitung der generalisierten Pflegeausbildung
- Überarbeitung des Pflegegradsystems
- Mithilfe einer Bundesratsinitiative auf die Abschaffung des § 140 Grundgesetzes (kirchliche Träger) hinwirken

Verbesserte Rahmenbedingungen für Bildungs- und Sozialberufe

- Schaffung von attraktiven Ausbildungsplätzen für Erzieher*innen
- Verbesserung der Berufszugänge für Quereinsteiger*innen: Vereinfachte Hilfe durch das Jobcenter und Etablierung von Angeboten zur Umschulung
- Vereinfachung der Anerkennung von pädagogischen Abschlüssen aus dem Ausland
- Start einer Weiterbildungsoffensive für eine Bildungskarenzzeit zur Fort- und/oder Weiterbildung an Hochschulen
- Bessere Bezahlung im Bereich Erwachsenenbildung
- Ausbildungsentgelt für Erzieher*innen
- Einführung einer schulstufenbezogenen Lehrer*innenbildung
- Überarbeitung des Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz
- Aufnahme des Modellprojektes „Praxisintegrierte Ausbildung“ (kurz: PiA) ins Thüringer Kindergartengesetz

Wirtschaft in Thüringen zukunftsfest gestalten

- Förderung der Bedarfsevaluation: Hochschulentwicklungsplanung vorantreiben
- Förderung und gesetzliche Absicherung von Remote Arbeit (Fern-Arbeit)
- Förderung nach Azubi Werke

Zeitgemäßer öffentlicher Dienst

- Mehr Werbung um Fachkräfte für den öffentlichen Dienst durch Neuausrichtung der Werbekampagne mit einerseits divers-orientierten aber auch verwendungsorientiertem Ansatz : Forcierung der Umsetzung der Werbekampagne Polizei mit Fokus auch auf Menschen mit Migrationsgeschichte, Queere und Frauen sowie auf die vielfältigen Facetten der Polizeiarbeit, einschließlich der Kriminalpolizei
- Attraktivität der des Aus- und Fortbildungsstandortes der Polizeibildungseinrichtungen in Meiningen stärken durch:
 - Sicherstellung einer zügigen Sanierung und Umbau des Standortes zum modernen Campus samt zeitgemäßer Unterbringung und geeigneter Außensportbereiche
 - Auszahlung und Erhöhung einer Anwärtersonderzulage
 - Konsequente Digitalisierung auch im Bereich eLearning
- Verbesserung des Auswahlverfahrens für Bewerber*innen durch:
 - Evaluation der bisherigen Zugangsvoraussetzungen im Ländervergleich
 - Vorziehung des Einstellungstermins auf 1. September sowie Prüfung eines 2. Einstellungstermins im Frühjahr
 - Einführung Bewerbermanagementsoftware
- Einsetzung eines Nachwuchskoordinators und Stärkung des Bereichs EAV (Einstellungs- und Auswahlverfahren) Stärkung der Wissenschaftsfreiheit durch eigene Rechtsfähigkeit der Bildungseinrichtungen sowie Einrichtung von Professuren
- Stärkung der Qualität von Ausbildungsinhalten und Spezialisierungsmöglichkeiten durch:
 - die Einführung einer geteilten Ausbildung Kripo/Schutzpolizei bzw. weiterer spezialisierender Wahlpflichtmodule
 - schnelle Besetzung der neugeschaffenen Lehrpersonalstellen
 - weiterer Ausbau des Sozialkompetenzzentrums
 - verkürzte Wege nach erfolgreichen Abschluss über die Bildungseinrichtungen direkt in verwendungsorientierte Fachgebiete wie bspw. zum Kriminaldauerdienst

- Systematische Ursachenanalyse bei Abbrechern und Nicht-Annahme von Zusagen
- Anhebung des Ausbildungszeitraums auf 2,5 Jahre für die umfangreiche Ausbildung
- Entgeltfreie Unterbringung für Polizeianwärter*innen in Meiningen
- Stärkere Öffnung der Polizei für Seiteneinsteiger*innen

Flächendeckende, öffentliche Infrastruktur und attraktive Berufsbedingungen in der Bauwirtschaft

- Vorantreiben des flächendeckenden Ausbaus des ÖPNV
- Fortführung des Azubitickets zur finanziellen Entlastung von Auszubildenden
- Thüringenweite Einführung von Kurzfahrtickets
- Bessere Arbeitsbedingungen in der Baubranche – kürzere Arbeitszeiten
- Mehr Werbung für Berufe in der Baubranche

Krisenfesten Kultursektor in Thüringen etablieren

- im Kulturbereich mehr Angebote an Stipendien und Austauschprogramme im Kulturbereich, unabhängig von der Aufenthaltsdauer
- Ausfinanzierung des Kultursektors für Krisensicherheit
- Strukturen für eine langfristige finanzielle Förderung von Journalist*innen schaffen
- Erhöhung der entfristeten Arbeitsverträge und Vollzeitstellen im Kultur- und Medienbereich
- Ansiedlungskultur in der Kreativwirtschaft stärken: Umsetzung der Digitalstrategie und bessere Verzahnung mit regionalen Universitäten
- Tarifbindung im Kulturbereich (insbesondere Museen) herstellen
- Evaluierung des Volontärprogrammes
- Nachwuchsförderung im Kulturbereich stärken
- Einhaltung der Berufsbeschreibung
- Kostenübernahme der Hälfte der Stellen durch das Land